

Hochschulkommunikation: Können sich Universitäten aus der Politik heraushalten?

Georg Lutz

Prof. Dr.
FORS und Université de Lausanne

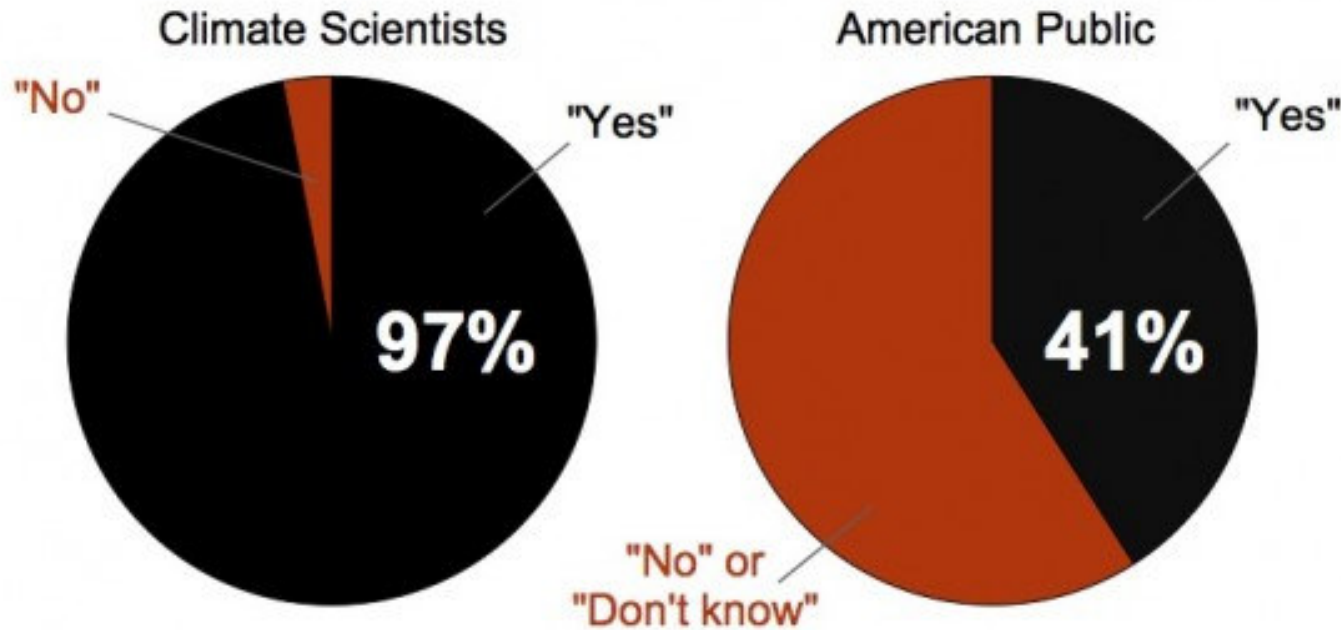
georg.lutz@fors.unil.ch

SUPRIO-Workshop 5. Oktober 2015

Eine “Anekdote” aus den USA

- Wiederholte Versuche des US-Kongresses politikwissenschaftliche Forschung aus dem Budget der NSF zu streichen
- Versuch 2013 erfolgreich als Teil eines umfassenden Budgetgesetzes: Politikwissenschaftliche Forschung gestrichen, ausser “projects relevant to national security or to US economic interests”
- Motivation der Vorstösse: generelle Wissenschaftsskepsis, (Sozial-) Wissenschaft gilt als politisch links-liberal und verzerrt, anti-Republikanisch, wirtschaftsfeindlich

Say Climate Change is Happening and Human Caused



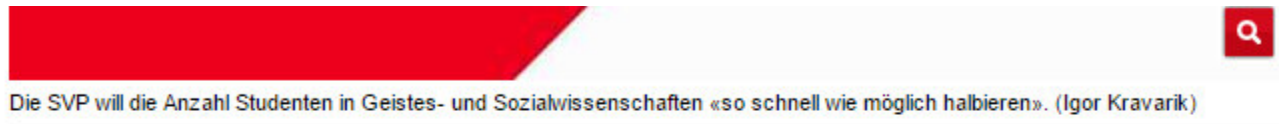
Left: Proportion of peer-reviewed research papers that stated a position on the reality of human-caused global warming and said that it is happening and human caused (Cook et al. 2013). *Right:* Proportion of the American public that says climate change is happening and human caused (Leiserowitz et al. 2013).

Die Reaktion

- (Politik-)Wissenschaftler: Schock und Überraschung; Erkenntnis dass negative Haltung gegenüber Wissenschaft weit verbreitet ist und dass es Mehrheiten im Parlament geben kann
- Beschränkte Solidarität anderer Disziplinen am Anfang, nur langsame Aktivierung von Protesten/Stellungnahmen anderer Fachrichtungen
- Verstärktes Lobbying: direkter Kontakt zu Mitgliedern des Parlaments, Fraktionsführungen
- Grössere Anstrengungen den Wert und Nutzen (sozial-)wissenschaftlicher Forschung besser sichtbar zu machen: Ergebnisse zugänglicher für eine breite Öffentlichkeit

Und in der Schweiz?





SVP will Bildung umkrepeln

Ethnologen, Psychologen, Soziologen raus!

Die SVP will die Anzahl Studierende in Geistes- und Sozialwissenschaften so schnell wie möglich halbieren. Auch, um den Studenten gegenüber fair zu sein.

Publiziert: 12.03.2015 · Von Christof Vuille (Text) und Igor Kravarik (Illustration)

[107 Kommentare](#) · [Drucken](#) · [E-Mail](#)

Jetzt gehts in den Kantonen los

SVP attackiert Gymeler und Akademiker

Blick.ch 12.3.2015 und 19.8.2015

15.3433 – Motion

Befreiung der Unternehmen vom Statistikaufwand

Eingereicht von



Giezendanner Ulrich

Einreichungsdatum

06.05.2015

Eingereicht im

Nationalrat

Stand der Beratungen

Motion an 2. Rat

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen einzuleiten, damit

Motion vom Nationalrat mit 119:63 Stimmen angenommen!

DIE WELTWOCH

[DIE WELTWOCH](#) | [WW MAGAZIN](#) | [KUNDENSERVICE](#) | [ABO & EINZELBESTELLUNG](#) | [PLATIN-CLUB](#) | [WE](#)

Vor diesen Professoren wird gewarnt

Die Schweizer Universitäten und Hochschulen sehen sich als Horte des freien Denkens und der reinen Wissenschaft. Ideologen sind immer die anderen. Doch unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit verbreiten Professoren zeitgeistige Irrlehren.

Von Philipp Gut



Einige Entwicklungen in der Schweiz

1. Volksabstimmung Masseneinwanderung vom 9. Februar 2014; direkte, unmittelbare und langfristige Konsequenzen für Forschung und Hochschulen in der Schweiz (Beteiligung in internationalen Forschungsprogrammen und -netzwerken, Mobilität, Rekrutierung)
 - > Universitäten und Forschende spielten nur eine marginale Rolle in der Kampagne vor dem 9.2.2014
 - > Allerdings auch danach nur beschränkte öffentliche Positionsbezüge (sind die Konsequenzen denn doch nicht so gravierend...)
2. Einige Disziplinen genereller unter Druck
 - Insbesondere Sozial- und Geisteswissenschaften
 - Seltener Naturwissenschaften oder Medizin
3. Öffentliche Statistik als Zielscheibe:
 - Motion Giezendanner im Parlament erfolgreich Betriebsstatistik zu beschränken auf grosse Unternehmen;
 - Motion Amstutz hängig: «Personal- und Sachaufwand beim BFS um die Hälfte [...] reduziert»

Generelle Trends

Konsens über Nutzen der Wissenschaft schwindet in der Politik, zunehmender Druck:

- Ökonomisierung: nur was «nützlich» ist für die Wirtschaft und/oder Wirtschaft zumindest nicht belastet
- Wenn Fakten und Forschungsergebnisse stören werden Forschende und Forschungsinstitutionen delegitimiert
- Genereller populistischer Anti-Eliten Diskurs, Universitäten/ Professor/-innen als Teil der Elite und volksfern gebrandmarkt

Zwei Optionen, wie darauf reagieren

1. Universitäten und Forschende sollten sich soweit wie möglich aus politischen Debatten heraushalten
2. Universitäten und Forschende sollten sich stärker politisch engagieren

Bewertung Option «Aus Politik fernhalten»

Vorteile:

- Forschende und Universitäten vermeiden, zur politischen Zielscheibe zu werden
- Forschende setzen sich nicht der Gefahr öffentlicher Kritik aus

Nachteile:

- Wenn nur noch «unpolitische» Forschung durchgeführt und kommuniziert wird, dann verpasst Wissenschaft möglicherweise zentrale und relevante gesellschaftliche Fragestellungen
- Wenig Garantie, dass Wissenschaft nicht trotzdem zur Zielscheibe wird
- Risiko, dass Akzeptanz für Forschung nicht steigt, sondern sinkt, wenn es keine Anstrengungen gibt, sich an einem gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu beteiligen

Bewertung Option «Stärkeres Engagement»

Vorteile:

- Universitäten als öffentlich finanzierte Institutionen sind immer Gegenstand eines politischen Diskurses und damit unter Legitimationspflicht
- Eigene Interessewahrung notwendig im öffentlichen Diskurs, Wissenschaft und Forschung ist nicht per se akzeptiert
- Sensibilisierung für Interessen von Forschung und Universitäten können Akzeptanz steigern
- Bessere Sichtbarkeit von Forschenden und Institutionen

Nachteile:

- Risiko selber zur Zielscheibe zu werden, Reputationsverlust
- Risiko als einseitig, links, ideologisch abgestempelt zu werden

Nicht ob, sondern wie!

- Unrealistisch, dass sich die Wissenschaft aus politischen Prozesse fernhalten kann: Rahmenbedingungen und Finanzierung von Forschung und Lehre sind im Wettbewerb mit anderen Bereichen und Politikfelder und damit Gegenstand politischer Auseinandersetzungen
- Zwei Arten von Interventionen:
 - *Anstrengungen Forschungsergebnisse breit zu kommunizieren.* Teilweise mit neuen Instrumenten (individuelle Forschende, Kommunikationsabteilungen, SNF Agora etc.; z.B. www.defacto.expert als neues online-Journal für die Sozialwissenschaften)
 - Interessewahrung der Universitäten und Forschenden in der Öffentlichkeit (Kampagnen) und in politischen Prozessen (Lobbying)
- Stil der Intervention:
 - Lobbying beschränkt auf klar identifizierte Interessen
 - Angepasster an Funktionsweise von Universitäten: faktenbasiert, nüchtern, differenziert, ausgewogen etc.

